

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 – Eine Analyse der Ergebnisse und Ausblick

Dr. Gunther Hauser, ISS/LVAk

Einleitung

Am 25. Mai fanden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. EU-weit ist nach den Wahlen die Europäische Volkspartei (EVP) die stärkste Partei mit 213 Mandaten, gefolgt von den Sozialdemokraten (S&D) mit 190 Mandaten.¹ Die EVP verlor 61 Mandate, die S&D sechs. Auf Platz drei kamen die Liberalen mit 64 Mandaten (-19 Mandate), danach die Grünen mit 53 Mandaten (-4), die Konservativen auf 46 (-11), die Linke auf 42 (+7), die Freidemokraten auf 38 (+7) sowie die Fraktionslosen auf 41 (+8). Neue Parteien damals ohne Fraktionszugehörigkeit erwarben 64 Mandate.² Für die Wahlperiode 2009-2014 waren im Europäischen Parlament ursprünglich insgesamt 736 Abgeordnete vorgesehen, davon 99 aus Deutschland und fünf aus Malta, aus Österreich 21. Die Abgeordnetenzahlen gehen noch auf Artikel 190 (2) des EG-Vertrags in der Fassung des Vertrags von Nizza zurück. Gemäß den neuen primärrechtlichen Vorgaben auf der Grundlage des Artikels 14 (2) des EU-Vertrags in der Fassung des Vertrags von Lissabon ist die Zahl der Abgeordneten für das Europäische Parlament höchstens auf 750 Abgeordnete zuzüglich des Parlamentspräsidenten limitiert, jeder Mitgliedstaat darf mindestens sechs Sitze und kein Mitgliedstaat mehr als 96 Sitze für das Europäische Parlament bekommen: „Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt.“ (so Artikel 14 (3) des EU-Vertrags von Lissabon) Die erforderliche Anpassung der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments an die vertraglichen Vorgaben von „Lissabon“ war primärrechtlich durch ein Protokoll zur Änderung des Protokolls (Nr. 36) über die Übergangsbestimmungen erfolgt. Demnach wurden bis zum Ende der Gesetzgebungsperiode 2009-2014 den 736 Sitzen insgesamt 18 Sitze hinzugefügt, wodurch die Gesamtzahl der Abgeordneten vorübergehend auf 754 erhöht wurde. Die 18 zusätzlichen Sitze konnten die begünstigten Mitgliedstaaten (darunter Österreich mit zwei zusätzlichen Abgeordneten) nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften besetzen, entweder in ad-hoc-Wahlen oder auf der Grundlage der Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament aus 2009 oder durch die Ernennung von Mitgliedern der nationalen Parlamente. Das Protokoll war nach erfolgter Ratifikation durch die damaligen 27 EU-Staaten am 1. Dezember 2010 in Kraft getreten. In Österreich wurde das Protokoll als „Staatsvertrag, durch den die vertraglichen Grundlagen der EU geändert werden“, gemäß Artikel 50 Abs. 1 Ziff 2 iVm Abs 4 B-VG genehmigt. Die Abgeordnetenzahl im Europäischen Parlament erhöhte sich nochmals durch die Aufnahme Kroatiens in die EU am 1. Juli 2013 um 12 Abgeordnete auf 766 Abgeordnete. Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 25. Mai wurde nun die Zahl der Abgeordneten auf das im Vertrag von Lissabon vorgesehene Niveau von 751 Abgeordneten gesenkt, 18 Abgeordnete kommen aus Österreich. Die stimmenstärkste Fraktion – im Fall der Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai die EVP – soll gemäß dem Vertrag von Lissabon den EU-Kommissionspräsidenten. Gemäß EU-Recht nominieren die Staats- und Regierungschefs der Union den Kandidaten für den EU-Kommissionspräsidenten unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses, das Europäische Parlament stimmt dann anschließend über den Kandidaten ab. Dieser hat die Aufgabe, seinen

¹ Michael Laczynski, Kampf um den Brüsseler Thron, in: Die Presse, 27.05.2014, S. 1.

² Mandatare nach EU-Fraktionen, in: Die Presse, 27.05.2014, S. 4.

Kommissaren die programmatische Richtung für die nächsten Jahre vorzugeben, seine Stellvertreter zu ernennen und auch – im Notfall – Kommissare zu entlassen, wie z.B. im Jahr 2012 den damaligen Gesundheitskommissar aus Malta, John Dalli, der damals über eine Korruptionsaffäre gestolpert war. Die Europäische Kommission darf als einzige Institution der Union Gesetze vorschlagen (Initiativrecht) und auch im Detail ausformulieren: Ein Gesetzgebungsakt der Union „darf nur auf Vorschlag der Kommission erlassen werden.“ (Artikel 17 EU-Vertrag von Lissabon). Das Europäische Parlament und der jeweilige zuständige Ministerrat (Rat) stimmen in der Regel lediglich über das Grundgerüst ab. Beispielsweise basierte jener Beschluss, konventionelle Glühbirnen aus dem Verkehr zu ziehen, auf der vom Rat und dem Europäischen Parlament beschlossenen „Ökodesign-Richtlinie“ – jedoch all jene Details über den zeitlichen Ablauf, die höchstzulässige Leuchtkraft usw. wurden später im Rahmen des sogenannten Komitologieverfahrens in der Europäischen Kommission erarbeitet.³ Die Amtszeit der Kommission beträgt wie jene des Europäischen Parlaments fünf Jahre.

Der Sieg der Extremisten

Die EU-Wahl resultierte in Siegen extrem-populistischer Parteien, wie in Großbritannien die United Kingdom Independence Party (UKIP): Mit 27,5% der Stimmen wurde erstmals seit über 100 Jahren nicht eine der beiden Traditionsparteien Konservative (23,9%) oder Labour (25,4%) stärkste Kraft. In Frankreich wurde der Front National (FN) stärkste Partei, mit 25% der Stimmen bei den EU-Wahlen erhebt der FN den Anspruch auf den Titel, „Frankreichs erste Partei“ (premier parti de France) zu sein.⁴ Die konservative UMP erreichte in Frankreich nur 21 Prozent der Stimmen, die Sozialisten stürzten auf 14 Prozent ab.⁵ In Dänemark wurde die Dänische Volkspartei mit 26,6% stärkste Partei.⁶ Das Lager der rechtsextremen und populistischen Parteien setzt in unterschiedlicher Intensität auf eine Anti-EU-Haltung, aber alle auf eine Stärkung des Nationalismus. Eine Fraktion bringt den Vorteil, dass die Abgeordneten mehr Einfluss und mehr Geld bekommen, zusätzliches Personal und Büros. UKIP und FN konnten große Erfolge vorweisen und jeweils Platz eins erringen, indem sie die etablierten Parteien verdrängten. Im neuen Parlament sind UKIP und FN jeweils mit 24 Abgeordneten vertreten.⁷ Die erforderliche Mindestzahl für eine Fraktion liegt bei 25 Abgeordneten. Aber diese müssen auch aus mindestens 7 EU-Staaten kommen. Wegen der starken Zersplitterung des rechten und rechtsextremen Lagers sowie der widersprüchlichen nationalen Interessen sind Zusammenschlüsse in diesem Bereich heikel. Mehrere extreme Fraktionen im EU-Parlament sind seit 1984 immer wieder zerbrochen. Gemäßigte EU-skeptische Konservative wie die britischen Tories oder die polnische Nationalpartei PiS scheiden als Partner für UKIP und FN aus, sie bilden mit 46 EU-Abgeordneten eine eigene Fraktion der „Konservativen und Reformisten“.⁸ Die FN-Vorsitzende Marine Le Pen präsentierte sich am 28. Mai mit weiteren vier Parteien – der FPÖ mit Harald Vilimsky, der niederländischen Freiheitspartei von Geert Wilders, dem belgischen Vlaams Belang (VB) und der Lega Nord aus Italien.⁹ Diese haben sich auf ein Bündnis geeinigt, das auf eine Rückkehr zu mehr nationaler Politik, auf Zerschlagung des Euro und die Wiedereinführung von

³ Michael Laczynski, Die Angst vor dem starken Mann, in: Die Presse, 28.05.2014, S. 5.

⁴ Ein Sieg, der die „Insel“ für immer verändern könnte, in: Die Presse, 27.05.2014, S. 2; und Rudolf Balmer, Der entmachtete Präsident, in: Die Presse, 27.05.2014, S. 3.

⁵ Triple shock, in: The Economist, May 31st, 2014, S. 23.

⁶ André Anwar, Triumph des schicken „Saubermannes“, in: Die Presse, 27.05.2014, S. 3.

⁷ Thoma Mayer, Le Pen und Farage im Wettlauf um rechte Mandatare, in: Der Standard, 30.05.2014, S. 3.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

Grenzkontrollen drängen will. Zwei Parteien, mit denen ursprünglich gerechnet wurde, standen diesem Zusammenschluss jedoch nicht zur Verfügung: die slowakischen Nationalisten verpassten den Einzug ins EU-Parlament, und die Schwedendemokraten sowie die Dänische Nationalpartei schlossen sich Nigel Farage an.¹⁰ Eine Kooperation mit dem ungarischen Jobbik und der griechischen Goldenen Morgenröte schloss Marine Le Pen aus. Beppo Grillo, der Chef der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung, kam auf 17 EU-Mandate.¹¹ Die Fraktion „Freiheit und Demokratie“ von Farage könnte die Linksfraktion und die Grünen größtmäßig überholen. Aus dem Wahlergebnis ist nicht nur eine Europafeindlichkeit herauszulesen, da waren auch einige Denkartikel für nationale Regierungen enthalten. Die Extreme und Rechtspopulisten wollen zwar innerhalb einer gemeinsamen Fraktion agieren, können aber weder Gesetzesinitiativen einbringen noch Beschlüsse verhindern. So werden diese Parteien weniger Einfluss haben als befürchtet. Diese neue Fraktion ist ein völlig heterogener Block, der nicht in der Lage sein wird, einheitliche Standpunkte zu formulieren. Mehrheiten werden sich künftig weiterhin über Zusammenschlüsse der beiden größten politischen Lager ergeben.

Cameron gegen Juncker

Der Sieg der UKIP in Großbritannien bringt Premierminister David Cameron unter Druck: In seiner Europarede im Jänner 2013 hatte Cameron von der EU gesprochen, die zunehmend von den Bürgern als „etwas gesehen wird, was ihnen angetan wird, und nicht als etwas, was in ihrem Namen handelt“. Cameron will eine EU, die nicht mehr ist als eine riesige Freihandelszone, ein flexibles Netzwerk des Marktes, ohne viel politische Vertiefung. Nach der Bestellung von Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten am 27. Juni ist Großbritanniens Premier Cameron angeschlagen. Selten hat sich ein Regierungschef in eine derartig aussichtslose Lage manövriert wie Cameron. Anstatt Allianzen zu schmieden hatte Cameron auf Konfrontation gesetzt: „Er verstand offenbar nicht, dass sein Ton und seine Drohungen es den anderen EU-Führern viel schwerer gemacht haben, ihn zu unterstützen“, meinte Simon Tilford vom Londoner Centre for European Reform.¹² Folglich wurde Juncker trotz weitgehender Vorbehalte durch Cameron noch mehr gefestigt: „Camerons Verhalten war enorm kontraproduktiv und hat den anderen in gewisser Hinsicht einen einfachen Ausweg geliefert.“¹³ Statt auf Sachargumente habe Cameron auf Kritik an der Person Juncker gesetzt: „Er spielte den Mann und nicht den Ball“, kritisierte Richard Whitman, Professor für Politikwissenschaft an der University of Kent.¹⁴ Cameron warnte sogar vor einem EU-Austritt Großbritanniens, falls Juncker neuer EU-Kommissionspräsident werden sollte, und qualifizierte Juncker ab: „Ein Gesicht der 80er Jahre kann nicht die Probleme der nächsten fünf Jahre lösen.“¹⁵ Die Wochenzeitschrift „The Economist“ beschrieb diese Lage wie folgt: „As European Union leaders prepare to choose Mr Juncker as the next president of the European Commission, blocking Mr Juncker has become a vital national interest for Britain’s David Cameron.“¹⁶ Getragen wurde auch Cameron zum Teil von der britischen Presse: „In the caricature of the British press, Jean-Claude Juncker is a dangerous, drunk, anti-British, European arch-federalist, whose father was conscripted into the Wehrmacht.“¹⁷ Tim Bale,

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda.

¹² Gabriel Rath, „Dann sieht man ziemlich dumm aus“, in: Die Presse, 28.06.2014, S. 7.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Cameron droht mit EU-Austritt, in: Die Presse, 2.06.2014, S. 5.

¹⁶ The accidental president, in: The Economist, June 28th, 2014., S. 27.

¹⁷ Ebenda.

Professor an der Queen Mary University of London, meinte: „Erstens muss sich Cameron vor seinen EU-skeptischen Hinterbänkeln als jemand zeigen, der einer Vertiefung der Union entgegentritt. Zweitens hält er Juncker für einen Föderalisten, während Cameron eine ganz andere Vision davon hat, wohin sich die EU entwickeln muss. Drittens hat er ursprünglich gedacht, er könne andere EU-Führer von seiner Sicht überzeugen. Viertens führt die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament weiter in Richtung Supranationalismus und damit weg von der von Großbritannien bevorzugten Regierungszusammenarbeit.“¹⁸ Anhänger sahen in Cameron eine Führungspersönlichkeit, Gegner sehen in seinem Konfrontationskurs zur gegenwärtigen EU einen Hang zur Selbstüberschätzung. Cameron selbst geht auch innenpolitisch hohe Risiken ein und polarisiert: ohne Cameron gäbe es kein Schottland-Referendum am 18. September, ebenso hat er betreffend EU-Mitgliedschaft seines Landes eine Volksabstimmung bis Ende 2017 in Aussicht gestellt. Cameron muss nun die EU-Gegner in seiner Fraktion noch mehr fürchten: „Er muss sich sorgen, dass eine Präsidentschaft Junckers für ihn noch schwerer machen wird“, so Tilford.¹⁹ Für die EU-Gegner ist „die Bestellung Junckers gegen den erklärten Willen des britischen Premiers ein klares Zeichen dafür, was von Neuverhandlungen zwischen London und Brüssel zu erwarten sei“, so Tilford. Camerons angebliche Drohung, dass eine Wahl Junckers die Austrittsstimmung in Großbritannien stärken werde, waren keine leeren Worte: „Die anderen Führer unterschätzen, wie europaskeptisch die Stimmung ist“, warnte Bale.²⁰ „Wenn man den Macho spielt und dann nicht bekommt, was man wollte, sieht man ziemlich dumm aus.“, so Whitman. Aus der Downing Street hieß es am 27. Juni: „Wir werden das Ergebnis respektieren und weiter mit allen zusammenarbeiten.“²¹

Juncker wird EU-Kommissionspräsident

Der mehrheitliche Einigungsprozess betreffend die Nominierung von Jean-Claude Juncker zum EU-Kommissionspräsidenten dauerte genau ein Monat. Während die EVP sich überraschend ziemlich uneinig auf eine mögliche Ernennung von Juncker zeigte, waren sich die Sozialdemokraten der EU nach Wochen einig, Juncker zu unterstützen, da erstens die EVP – obwohl deutliche Verluste – als stimmenstärkste Partei aus den EU-Wahlen hervorgegangen ist, und zweitens betonten die Sozialdemokraten, sie würden Juncker unterstützen, wenn dieser ein auch ein von den Sozialdemokraten akzeptables Programm für die nächsten Jahre präsentiere. Während des sogenannten „Mini-Gipfels“ am 9. und 10. Juni, einem informellen Treffen der vier Regierungschefs der EU-Länder Deutschland, Großbritannien, Niederlande und Schweden, am Landsitz der schwedischen Regierung in Harpsund, eskalierte zunächst die Debatte um die Nominierung von Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten: Während Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel sich bei der gemeinsamen Pressekonferenz hinter Juncker stellte, erhöhte David Cameron seinen Widerstand gegen Juncker: „Als demokratisch gewählte Spitzenpolitiker in Europa sollten wir diejenigen sein, die entscheiden, wer sich für diese Institution bewirbt, anstatt einen neuen Ablauf zu akzeptieren, zu dem es niemals einen Einigung gab“, forderte Cameron mit Verweis auf den Vertrag von Lissabon.²² Cameron wurde in Harpsund noch von Schwedens Regierungschef Fredrik Reinfeldt und dem niederländischen Regierungschef Mark Rutte unterstützt: beide sehen damals keinen „Automatismus“ hinter dem Wahlsieg Junckers und seiner Bestellung zum Kommissionspräsidenten: „Wir halten nichts davon, weil das alle anderen Kandidaten ihrer

¹⁸ Gabriel Rath, „Dann sieht man ziemlich dumm aus“, in: Die Presse, 28.06.2014, S. 7.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda.

²² Anna Gabriel, Protest gegen Juncker wächst, in: Die Presse, 11.06.2014, S. 2 und 3, S. 2.

Aussichten beraubt und eine Vielzahl potenzieller EU-Chefs ausschließt“, ließ Reinfeldt wissen.²³

Mit 26 zu zwei Stimmen hatten die Staats- und Regierungschefs der EU am 27. Juni schließlich dennoch den Spitzenkandidaten der EVP, Jean-Claude Juncker, für das Amt des Kommissionspräsidenten nominiert. Die restlichen Personalfragen sollen bei einem Sondertreffen am 16. Juli geklärt werden. Gegen den EVP-Spitzenkandidaten aus Luxemburg hatten David Cameron und Viktor Orbán gestimmt.²⁴ Von einem „schwarzen Tag für Europa“ sprach Cameron im Anschluss an das Treffen. Cameron plant, mit Juncker nun ein korrektes „Arbeitsverhältnis“ herzustellen²⁵ und ist dennoch zuversichtlich, da aus seiner Sicht der Rat für Juncker ein Arbeitsprogramm formuliert habe, das einige britische Forderungen enthalten soll – wie die Eindämmung des „Sozialtourismus“.²⁶ Die nächste Etappe ist nun die Auswahl der geeigneten Kommissare, d.h. die Zusammensetzung der nächsten Kommission und des Führungspersonals in den anderen EU-Institutionen. Juncker hat dabei auf die geografische, politische und geschlechtspezifische Zusammensetzung der künftigen Europäischen Kommission zu achten. Folglich sollten sowohl Rat als auch das Europäische Parlament mit dem Ergebnis zufrieden sein. Am 1. Juli nominierte die österreichische Bundesregierung Johannes Hahn, den bisherigen Regionalkommissar, erneut zum Kommissar. Welches Ressort Hahn bekommen soll, bleibt noch offen.²⁷ Präsident des Europäischen Parlaments wurde wieder wie zuvor Martin Schulz von der S&D. Am 1. Juli erhielt Schulz bei der geheimen Abstimmung im Straßburger Plenum 409 Stimmen – Sozialdemokraten und Europäische Volkspartei votierten für den Deutschen. Seine drei Gegenkandidaten hatten keine Chance: Sajjad Karim aus Großbritannien von der EU-kritischen Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier bekam 101 Stimmen, der spanische Links-Abgeordnete Pablo Iglesias erhielt 51 Stimmen, die österreichische Grün-Abgeordnete Ulrike Lunacek erhielt ebenfalls 51 Stimmen.²⁸ Martin Schulz wurde als erster Abgeordneter zum Europäischen Präsident für das Amt des Parlamentspräsidenten wiedergewählt.

In der EU gilt es vor allem, nun zügig die Union für die nächsten fünf Jahre auszurichten, d.h. die südeuropäischen Forderungen nach Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft mit dem britisch-skandinavischen Ruf nach Liberalisierung und Verschlinkung der EU zu vereinbaren.²⁹ Dazu bedarf es auch eines aufgeschlossenen Gesprächsklimas zwischen Cameron und Juncker.

Dr. Gunther Hauser ist Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie

²³ Ebenda.

²⁴ Michael Laczynski, EU-Kommission: Jean-Claude Juncker darf ans Werk schreiten, in: Die Presse, 28.06.2014, S. 7.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Die plötzliche Eile einer Nominierung, in: Die Presse, 2.07.2014, S. 5.

²⁸ Martin Schulz kehrt an die Spitze des Europaparlaments zurück, in: Die Presse, 2.07.2014, S. 5.

²⁹ Michael Laczynski, EU-Kommission: Jean-Claude Juncker darf ans Werk schreiten, in: Die Presse, 28.06.2014, S. 7.